Bezugspreis vierteljährlich: Ausgabe A (ohne „Wochenschau") in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 2 Mk. 10 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 2 Mk. 10 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 2 Mk. 52 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 82 Pfg. — Ausgabe B (mit „Wochenschau") vierteljährlich 60 Pfg. mehr.
Fernspr.: Redaktion u. Verlag Nr. 2448, 2449 u. 2450. Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 45 294 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 3 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-B. Münster 20 Pf., aus der Stadt Münster 15 Pf. für Aktiengesellschaften ꝛc., Vereine und Behörden 25 Pf. Reklamen: Der Raum für die Reklamespalte, 87 mm breit, 3 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt u. kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht

Erste Ausgabe. Montag, 5. Februar 1917. 66. Jahrgang. Nr. 85.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Amerika.

Berlin, 4. Febr. (WTB.) Reuter meldet, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika habe den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ausgesprochen. Der Präsident Wilson habe im Kongreß davon Mitteilung gemacht, dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff seien die Pässe zugestellt worden, der amerikanische Botschafter Mister Gerard sei angewiesen worden, Deutschland zu verlassen.

Eine Bestätigung dieser Meldung liegt hier an amtlicher Stelle noch nicht vor, jedoch wird ihre Richtigkeit nicht bezweifelt.

Eine weitere Meldung besagt:

Washington, 4. Febr. (WTB.) Reuter. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, hat Auftrag erhalten, die Botschaft zu schließen. Alle amerikanischen Konsuln und Attachés sollen Deutschland verlassen. Spanien wird die Vertretung der amerikanischen Interessen in Berlin übernehmen.

Washington, 3. Febr. (WTB.) Reuter. Im Kongreß wurde ein Antrag zur Ausgabe einer Anleihe im Betrage von 500 Millionen Dollar eingebracht, um Armee und Flotte in Bereitschaft zu bringen und jedem Auftreten von Elementen, die mit Deutschland sympathisieren, Widerstand leisten zu können. Marinestaatssekretär Daniels hat den Marinewerften und Schiffsstationen empfohlen, entsprechende Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

Die gesetzgebende Kommission des Senats wurde beauftragt, Maßregeln zu erwägen, um die Vereinigten Staaten vor Verschwörungen zu schützen, die aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland entstehen könnten.

Eine Botschaft Wilsons an den Senat.

Washington, 3. Febr. (WTB.) Reuter. Wilson erinnert in seiner Botschaft an den Kongreß an die amerikanische Note an Deutschland vom 18. April nach der Torpedierung der „Sussex", an Deutschlands Antwort hierauf am 4. Mai und an die Antwort Amerikas am 8. Mai, in der die deutschen Zusicherungen angenommen wurden. Wilson sagte, Deutschland habe diese Note nicht beantwortet. Hierauf zitierte Wilson aus dem deutschen Memorandum vom 31. Januar und sagte: Angesichts dieser Erklärung, die plötzlich und ohne vorherige Andeutung irgendwelcher Art vorsätzlich die feierlichen Versicherungen, die in der deutschen Note vom 1. Mai gegeben wurden, zurückwies, blieb der Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl, die sich mit der Würde und mit der Ehre der Vereinigten Staaten vereinbaren ließe, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom 8. April für den Fall ankündigte, daß Deutschland seinen U-Boot-Krieg nicht aufgeben wollte. Ich beauftragte deshalb Lansing, Bernstorff mitzuteilen, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen sind, daß der amerikanische Botschafter in Berlin sofort abberufen werde und daß Bernstorff die Pässe ausgehändigt werden. Trotz dieses unerwarteten Vorgehens der deutschen Regierung und dieses plötzlichen tiefbedauerlichen Widerrufs ihrer unserer Regierung gegebenen Versicherungen in einem Augenblick der kritischsten Spannung in den zwischen den beiden Regierungen bestehenden Beziehungen weigere ich mich zu glauben, daß die deutschen Behörden tatsächlich das zu tun beabsichtigen, wozu sie sich, wie sie uns bekanntgegeben haben, berechtigt halten. Ich bringe es nicht über mich, zu glauben, daß sie auf die alte Freundschaft der beiden Völker oder auf ihre feierliche Verpflichtung keine Rücksicht nehmen und in mutwilliger Durchführung eines unbarmherzigen Flottenprogramms amerikanische Schiffe und Menschenleben vernichten werden. Nur wirklich offenkundige Taten von ihrer Seite können mich das glauben machen. Wenn mein eingewurzeltes Vertrauen in ihre Besonnenheit und ihre kluge Umsicht sich unglücklicherweise als unbegründet herausstellen sollte, wenn amerikanische Schiffe oder Menschenleben in achtloser Übertretung des Völkerrechts oder der Gebote der Menschlichkeit gefährt werden sollten, so würde ich den Kongreß um die Ermächtigung ersuchen, die Mittel anwenden zu können, die notwendig sind, um unsere Seeleute und Bürger bei der Verfolgung ihrer friedlichen und legitimen Unternehmungen auf dem offenen Meere zu schützen. Ich kann nicht weniger tun, ich nehme es als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden.

Wir wünschen keinen kriegerischen Konflikt (wörtlich: hostile conflicts) mit der deutschen Regierung, wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes und wünschen ernstlich den Frieden mit der Regierung zu erhalten, die sein Sprachorgan ist. Wir werden nicht glauben, daß sie uns feindlich gesinnt ist, auch wenn es so weit kommt, daß wir es glauben müssen, und wir beabsichtigen nichts anderes, als eine vernünftige Verteidigung der unzweifelhaften Rechte unseres Volkes. Wir haben keine egoistischen Absichten, wir suchen nur den uralten Grundsätzen unseres Volkes treu zu bleiben, unser Recht auf Freiheit, Gerechtigkeit und ein unbelästigtes Leben zu schützen. Das sind Grundlagen des Friedens, nicht des Krieges. Möge Gott es fügen, daß wir nicht durch Akte vorsätzlicher Ungerechtigkeit von Seiten der Regierung Deutschlands dazu herausgefordert werden, sie zu verteidigen.

✤

Die kritischen Stellen in dem deutsch-amerikanischen Notenwechsel vom 18. April bezw. 4. Mai 1916 lauten wie folgt:

Die Wilsonsche Note vom 18. April schloß: „Sofern die Kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methode des Unterseebootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Regierung ganz zu lösen."

In der Antwortnote der deutschen Regierung vom 4. Mai hieß es, daß eine neue Weisung an ihre Seestreitkräfte ergangen sei, „in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken. Es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten. Sie erwartet von der amerikanischen Regierung, daß diese nunmehr von England die alsbaldige Beobachtung aller völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen werden. Sollte dieser Schritt der amerikanischen Regierung keinen Erfolg haben, so werde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschließungen vorbehalten müsse."

✤

Über die Vorgänge in Washington, die durch die obigen Telegramme zum Teil überholt sind, liegen folgende Meldungen vor:

London, 3. Febr. Reuter meldet aus Washington vom 2. 2., daß sofort nach dem Kabinettsrat, der 2½ Stunden dauerte, Wilson sich in aller Eile nach dem Kapitol begab, um mit dem Vorsitzenden für Auswärtiges sich zu besprechen.

Washington, 3. Febr. Es verlautet, daß in der Konferenz auf dem Kapitol sowohl Wilson als auch der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Senator Stone und Senator Lewis der Ansicht waren, daß ein sofortiger Bruch mit Deutschland nicht gerechtfertigt wären. Man wolle annehmen, daß Deutschland nicht beabsichtige, Amerikaner oder ihr Eigentum zu gefährden.

Washington, 3. Febr. Reuter. Das Schatzamt hat die Zolleinnehmer angewiesen, mit größter Sorgfalt darüber zu wachen, daß die neutralen Bestimmungen eingehalten werden, daß keinem Schiff gestattet werde, ohne Ausklarierungs-Papiere auszufahren und daß kein bewaffnetes Schiff ohne Erlaubnis abreist. Neutrale Diplomaten glauben, daß die Regierung die von ihr zu befolgende Politik erst in einigen Tagen bekannt geben wird.

✤

⊡ **Berlin,** 4. Februar.

Bis in die späten Abendstunden lag eine Bestätigung der Reuternachricht von dem Abbruch der Beziehungen Amerikas zu Deutschland an amtlicher Stelle in Berlin nicht vor, aber falls irgendwelcher Zweifel an der Richtigkeit auftauchen sollte, so würde die Rede Wilsons, die allerdings ebenfalls übermittelt ist, diese Zweifel beheben. Der Abbruch der Beziehungen ist somit als eine Tatsache anzusehen. Damit ist die erste praktische Folge der Erklärung unseres verschärften U-Boot-Krieges in die Erscheinung getreten. Wir bedauern diese Folge. Wir können nur Trauer empfinden darüber, daß ein Volk, mit dem wir lange Jahre in freundschaftlichen Beziehungen stehen, in dem ein großer Teil deutscher Söhne seine zweite Heimat gefunden hat, in einen ernstlichen Konflikt zu uns tritt, können nur Bedauern vor allem darüber empfinden, daß dieses Volk so wenig unserer Lage gerecht werden kann. Wilson sagt in der Botschaft an den Senat, daß Deutschland sein feierlich gegebenes Wort gebrochen habe und er hat zu diesem Zweck, wie Reuter mitteilt, Zitate aus der deutschen Note vom 4. Mai vorgelegt. Wenn Wilson die Note vom 4. Mai vollständig vorgelesen hat, dann kann er unmöglich die Schlußfolgerung daran knüpfen, daß Deutschland sein Wort gebrochen habe. Deutschland hat in jener Note ausdrückliche Vorbehalte gemacht und sich seine freie Entschließung vorbehalten. Es hat jetzt von diesem Vorbehalt Gebrauch gemacht, nachdem eine ganz neue Situation entstanden war. Die Entente hat unser Friedensangebot abgelehnt. Sie hat in ihrer Antwortnote an die Vereinigten Staaten ihre Friedensbedingungen, ihre Kriegsziele dargelegt, die auf eine Vernichtung Deutschlands hinauslaufen. Sie hat weiterhin die „Blockade" ausgedehnt, hat eine Sperre über Meeresgebiete verhängt, die direkten Zugang zu neutralen Häfen bilden. Ihre „Blockade" entspricht in keiner Weise den Bestimmungen des Völkerrechts. Mit dem verschärften Unterseebootkrieg, mit der Verhängung der „Blockade" gegen England durch unsere U-Boote üben wir Vergeltung gegen die „Blockade" des Verbandes. Wenn nun gesagt wird, daß unser verschärfter U-Boot-Krieg gegen das Völkerrecht verstoße, so rechtfertigt er sich schon dadurch, daß er eine Vergeltungsmaßnahme gegen eine völkerrechtswidrige Handlung Englands und der Entente ist, und es ist ein Grundsatz des Völkerrechts, daß Vergeltungsmaßnahmen als solche sich über die Regeln des Völkerrechts hinwegsetzen dürfen. Sie entsprechen dem Völkerrecht, insofern sie für Maßregeln des Gegners Vergeltung üben. Diese Rechtslage entspringt dem Notwehrgedanken, der im Rechtsleben und in den Rechtsanschauungen überall verwendet ist. Diese Tatsache übersieht Wilson vollständig. Er erwähnt nicht den logischen Zusammenhang zwischen unserem verschärften U-Boot-Krieg und den völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands und darum dürfen wir mit vollem Rechte sagen, daß seine Darlegungen keine unparteiische Beurteilung der wirklichen Verhältnisse enthalten.

Aber Belehrungen über die tatsächlichen Verhältnisse und über das Völkerrecht werden die Maßnahmen der Vereinigten Staaten wohl nicht abändern. Es hat schon mancherlei Handlungen der Entente in diesem Kriege gegeben, die ganz offensichtlich dem Völkerrecht Hohn sprachen, ohne daß Präsident Wilson und die Regierung der Vereinigten Staaten sich zu einem Einspruch veranlaßt gesehen hätten, und es hat auch Maßnahmen der deutschen Regierung gegeben, die aus unserer Notlage, aus der Notwendigkeit, uns gegen Übergriffe und Völkerrechtsverletzungen der Feinde zu wehren, sich ergaben, denen aber Wilson und seine Regierung doch nicht Rechnung getragen haben, und so wird es auch hier sein. Mit dieser Tatsache, die wir aufrichtig bedauern, müssen wir uns abfinden. Die Möglichkeit eines Konflikts mit den Vereinigten Staaten haben wir vorausgesehen, als der U-Boot-Krieg seine verschärfte Form annahm. Zwei Jahre lang hat Deutschland infolge des Einspruches der Vereinigten Staaten mit der Anwendung dieser scharfen Maßregel gezögert. Es hat zugesehen, wie England und seine Verbündeten Völkerrechtsbruch auf Völkerrechtsbruch häuften, wie es neutrale Staaten auf das schwerste schädigte auf das brutalste niederdrückte, wie es unter Bruch des Völkerrechts Munition an die Fronten schaffte, wie es die Neutralen zu Bannwarelieferungen und zur Beförderung von Frachten zwang. Aber schließlich reißt auch die Geduld Deutschlands, und es gibt einen Zeitpunkt, wo wir nicht nur der Pflicht gegen das eigene Land folgen und die schärfsten Maßnahmen anwenden müssen, sondern wo es auch die Ehre der Nation erfordert, daß sie nicht jegliches Verbrechen der Feinde ungerächt geschehen läßt. So ist Deutschland zu seinem Entschluß gekommen, nach langem, langem Warten, und dieser Entschluß steht unabänderlich fest. Es gibt kein Zurück von ihm, auch kein Zurück vor den Drohungen der Vereinigten Staaten.

Der Reichskanzler hat in seiner Rede in der Budgetkommission des Reichstages gesagt, daß Deutschland allen möglichen Folgen und Verwickelungen, die sich aus dem U-Boot-Krieg ergeben könnten, gewachsen sei. Zu diesen Folgen mußten wir angesichts der Haltung Wilsons in den verflossenen zwei Jahren leider in erster Linie mit einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten rechnen, und so kommt uns die Botschaft Wilsons nicht vollkommen überrascht. Nur das überrascht uns, daß Wilson uns einen Wortbruch vorwirft und die diplomatischen Beziehungen abbricht, ohne tatsächliche Vorgänge, wie Vernichtung amerikanischen Gutes oder Lebens abzuwarten. Aber schließlich wird es nicht maßgebend für uns sein, ob die Beziehungen einen länger oder weniger aufrecht erhalten werden. Will Wilson uns hindern, unsere schärfste Waffe gegen England anzuwenden, dann wird er den Anlaß dazu finden. Er hätte vielleicht in der Zukunft einen besseren finden können, als den des Vorwurfes eines Wortbruches, der nicht besteht und den wir zurückweisen.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist noch nicht der Krieg, aber er ist die stärkste Drohung mit dem Kriege, und in der Botschaft Wilsons an den Senat, wie Reuter sie übermittelt hat, wird diese Drohung noch unterstrichen. Wir müssen abwarten, ob Wilson einer solchen Drohung die Tat folgen läßt, oder ob er glaubt, Deutschland werde seine Drohung einschränken und seine Maßnahmen rückgängig machen.

Es ist aber in Deutschland sowohl an amtlicher, wie an nichtamtlicher Stelle kein Mensch der glaubt, daß Deutschland von dem beschrittenen Wege wieder zurückgeht. Deutschland ist der festen Überzeugung, daß sein U-Boot-Krieg es zum siegreichen Frieden führt, und daß er notwendig ist zur Abwehr feindlicher Übergriffe und zur Abwehr der vom Feinde angestrebten Aushungerungspolitik und daß er berechtigt ist, als eine Tat der Notwehr. Und so bleibt es bei diesem Krieg, trotz Amerika, trotz seiner Drohungen und trotz aller etwa für die Zukunft geplanten Maßnahmen Amerikas.

Angesichts des Abbruches der Beziehungen und angesichts namentlich der Botschaft Wilsons an den Senat rechnen wir mit der Möglichkeit, daß seinen Worten Taten folgen werden, wenn wir auch die Hoffnung nicht aufzugeben vermögen, daß Wilson die Lage doch nicht richtig einschätzt und dem deutschen Standpunkt in etwa gerecht werden möge. Sollte es anders sein, sollte sein uns unfreundlicher Akt uns den Krieg bringen, so verläßt sich das deutsche Volk voll Vertrauen auf das, was die deutsche Heeresleitung und der Admiralstab durch den Reichskanzler gesagt haben, daß unsere militärische Lage gut ist und daß wir allen Möglichkeiten gewachsen sind. Wir werden siegen, trotz Amerika.

Präsident Wilson hat in seiner Botschaft an den Senat dann noch einen Satz gesprochen, der besondere Aufmerksamkeit verdient. Er sagte, er halte es für ausgemacht, daß die neutralen Staaten in gleicher Weise vorgehen wie die Vereinigten Staaten. Das scheint anzudeuten, daß Wilson sich mit den übrigen neutralen Staaten in Verbindung setzen will, oder bereits gesetzt hat, damit sie sich seinem Vorgehen, das gegen Deutschland gerichtet ist und England und der Entente zugute kommt, anschließen. Wir können seinen Glauben, daß es ausgemacht sei, daß die Neutralen wirklich den gleichen Weg gehen, nicht teilen. Wir halten die Einsicht der Neutralen und die objektive Beurteilung der Lage durch sie für größer, und glauben einstweilen, daß Amerika mit seinem Vorgehen vereinzelt dastehen wird. Aber was auch immer geschehen möge, Deutschland hat den U-Bootkrieg nach reiflicher Erwägung und sorgfältiger Vorbereitung begonnen und wird mit ihm zum Ziele kommen. Darum stehen wir dem Schritte des Präsidenten Wilson, wenn auch mit herzlichem Bedauern, so doch mit ruhigem Blute gegenüber und warten die weitere Entwickelung zuversichtlich und ruhig ab.

✤

⊡ **Berlin,** 4. Febr. (Eig. Meld.) Einige amerikanische Journalisten haben heute den Staatssekretär Zimmermann aufgesucht, um ihn nach seiner Auffassung über die Lage zu befragen. Staatssekretär Zimmermann hat sich auch in der gegenwärtigen eigenartigen Lage bereit gezeigt, die Herren zu empfangen und ihnen, wie wir vernehmen, erklärt, daß die deutsche Regierung von dem Schritte Wilsons schmerzlich überrascht und enttäuscht sei. Er hat ihnen seinen Standpunkt über die Maßnahmen Deutschlands klar gemacht und keinen Zweifel darüber gelassen, daß es ein Zurück für Deutschland nicht gebe.

Berlin, 3. Febr. Wie die „Weserzeitung" hört, ist die Stimmung in den hiesigen diplomatischen Kreisen über die Wirkung des ungehemmten U.-Bootkrieges auf die neutralen Mächte zuversichtlich. Wenn auch positive Meldungen noch nicht vorliegen, so glaubt man doch, daß bei unsern Grenznachbarn die nüchternen Erwägungen siegen werden, um so mehr, als die deutsche Regierung bemüht sein wird, die wirtschaftlichen Nachteile der neutralen Staaten nach Möglichkeit auszugleichen und deren schwierige Lage zu erleichtern.

Von unseren U-Booten versenkt.

London, 3. Febr. (WTB.) Lloyds meldet, daß die Bark „Speconia" (3287 To.), versenkt wurde.

Madrid, 3. Febr. (WTB.) Reuter. Ein deutsches U-Boot versenkte den britischen Dampfer „Helikon" und den spanischen Dampfer „Butron". Die Besatzungen wurden bis auf 2 Spanier gerettet.

Bern, 3. Febr. (WTB.) „Petit Parisien" meldet aus Quimper: Der norwegische Dampfer „Imer" (1123 To.), ist versenkt worden. Die Besatzung wurde teilweise gerettet. Der Schoner „Saint Leon" (230 To.), ist auf der Höhe von Fecamp versenkt und die Besatzung gerettet worden.

Amsterdam, 3. Febr. Der Kapitän des niederländischen Dampfers „Mondel" meldet auf drahtlosem Wege, daß der holländische Dampfer „Gamma", 2115 Brutto-Register-Tonnen, durch Kanonenschüsse zum Sinken gebracht wurde.

Christiansand, 3. Febr. (WTB.) Das Schiff „Hird" aus Christiania traf mit der Besatzung des Gotenburger Dampfers „Edda" ein, der am Sonntag mit voller Ladung England verlassen hatte, um nach Halmstad zu fahren. „Edda" wurde am Montag nachmittag in der Nähe der „Hird" versenkt. Bei Skagen beobachtete „Hird" acht eingefrorene Schiffe, davon vier norwegische. Zur Überfahrt von Skagen nach Christiansand brauchte „Hird" über anderthalb Tage.

London, 4. Febr. (WTB.) Reuter. Der amerikanische Dampfer „Housatanic" (3143 Br.-Reg.-To.) ist versenkt worden.

London, 4. Febr. (WTB.) Lloyds melden: Der norwegische Dampfer „Heimland I" (506 Br.-Reg.-To.) ist am 28. Januar auf eine Mine gestoßen. Der Kapitän und zwei Mann gingen in ein kleines Boot, der Rest der Besatzung, 10 Mann, wird vermißt.

Zwei britische Fischdampfer sind versenkt worden.

Rotterdam, 4. Febr. (WTB.) Die französischen Segelschiffe „Bernadotte" (128 To.), „Jeune France" (126 To.), „Couronne" (169 To.) und „Ophélie" (159 To.) wurden versenkt.

In holländischen Schiffahrtskreisen verlautet, daß seit Beginn des verschärften U-Bootkrieges schon über 30 Schiffe versenkt worden sind.

Aus England zurückgekehrte Seeleute berichten von dem Einlaufen zahlreicher beschädigter englischer Zerstörer in englische Häfen an den letzten Tagen des Januar. An der Mündung des Humber wurden mehrere Zerstörer mit teilweise weggeschossenen Schornsteinen beobachtet.

Man ist beunruhigt über das lange Ausbleiben des holländischen Dampfers „Anteior", der am 1. Febr. von den Downs abgereist und noch nicht in Ymuiden angekommen ist.

Wirkungen auf die Schiffahrt.

Amsterdam, 3. Febr. Die Schnelldampfer „Witte Zee" und „Zwarte Zee", die den holländischen Dampfer „Westerdijk" aus Stornoway abholen sollten, sind ausgefahren. Mehrere holländische Schiffe haben ersucht, auf eigenes Risiko ausfahren zu dürfen und haben die Erlaubnis dazu erhalten.

Amsterdam, 3. Febr. (WTB.) Einem hiesigen Blatt wird aus London gemeldet: Die deutsche Drohung hat an der Ausfahrt der englischen Schiffe nichts geändert. Viele Amerikaner haben Plätze für die Heimreise belegt. Den Amerikanern, die bei ihrer Botschaft Erkundigungen einzogen, wurde erklärt, daß genug Schiffe vorhanden seien, um sie nach Hause zu befördern, was auch geschehen werde. Bei der White Star Linie werden Plätze belegt, zumal die Abfahrt der Holland-Amerika-Dampfer auf unbestimmte Zeit verzögert ist. In dem Dienst der White Star Line wird keine Änderung eintreten.

Amsterdam, 4. Febr. (WTB.) Aus Ymuiden wird berichtet, daß die Fischerflotte von der Erlaubnis der Regierung, innerhalb eines Gebietes von 20 Seemeilen von der Küste zu fischen, keinen Gebrauch machen will, weil die Versicherer das Risiko nicht auf sich nehmen wollen.

Der holländische Dampfer „Nistroom" hat gestern abend seine Reise nach London fortgesetzt, nachdem er aus Amsterdam neue Mannschaft erhalten hatte.

Der nach Leith bestimmte britische Dampfer „Amsterdam" hat nach der Ausfahrt Anker geworfen.

Stockholm, 4. Febr. (WTB.) Der Minister des Äußern gibt bekannt, daß die englische Admiralität vorläufig das Auslaufen aller Schiffe aus englischen Häfen verboten hat, ausgenommen ist nur ein Passagierfahrzeug.

Stockholm, 3. Febr. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Svea" stellt den Schiffahrtsverkehr nicht allein auf der Nordsee, sondern auch nach Amerika ein. Die Gesellschaft „Göta" stellt den Verkehr auch nach Holland ein. Die Ursache ist nicht allein die Seesperre, sondern auch die neue englische Minenlegung. Man glaubt, daß schon in nächster Woche eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs vorgenommen wird. Sämtliche Sonderschnellzüge nach Haparanda, darunter Kriegsgefangenenzüge, sind heute eingestellt.

Madrid, 3. Febr. (WTB.) Die Schiffahrtsgesellschaften sind durch eine Bekanntmachung im Amtsblatt aufgefordert worden, die in der deutschen Note festgesetzte freie Zone für die Schiffahrt nicht zu verlassen.

Lloyd George über die Lage.

London, 3. Febr. (WTB.) Lloyd George hielt heute in Carnarvon (Wales) eine große Rede. Für die Versammlung, in der er diese Rede hielt, waren große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Es wurden besondere Einlaßkarten ausgegeben, nur die Wähler von Carnarvon, deren Persönlichkeit genau bekannt war, erhielten Karten, und nur die Besitzer solcher Karten wurden zugelassen. In der Rede, auf die wir noch zurückkommen werden, sagte Lloyd George zu unserer Ankündigung des verschärften U-Boot-Krieges:

Es sei ein Schritt auf dem Wege vollkommener Barbarei, das Abwerfen der letzten Hülle der Zivilisation. Es sei der Barbar in seiner angeborenen Wildheit. Jetzt müsse er auch vor dem nachsichtigsten Neutralen enthüllt dastehen. Von nun an werde er keine Flagge achten, als die schwarze Flagge.

Der Premierminister erklärte weiter, der Feind habe der großen Republik des Westens das liebenswürdige Angebot gemacht, zu gestatten, daß Personendampfer einmal wöchentlich nach England fahren dürfen. Habe es jemals eine solche Unverschämtheit gegeben? Dies grenze fast an Wahnsinn. Aber wir werden damit fertig werden! Die Gefahr ist groß, kann aber durch große Energie, Mut und Entschlossenheit überwunden werden. Ein großes Volk, wie die britische Nation, muß die Regierung mit Geld, Arbeit und Landopfern unterstützen. Dann werden wir in unserem Kampfe auf Leben und Tod mit diesen Desperados durchhalten. Aber nicht, ehe wir willens sind, Opfer zu bringen. Der Feind hat den Schritt getan, weil er der Verzweiflung nahe ist. Er weiß, daß die Hülfsmittel der Alliierten so sind, daß sie einen völligen Sieg zu Lande bedingen. Ein Friede ohne Sieg würde keinen Frieden bedeuten, sondern eine Ruhepause, um dem Feinde Zeit zu geben, sich zu erholen. Der Feind würde sich vorbereiten und Nahrungsmittel und Rohstoffe aufhäufen, damit Deutschland das nächste Jahr nicht durch die Blockade in seiner Lebenskraft getroffen würde.

Letzte Nachrichten.

Großes Hauptquartier, 3. Febr. (WTB.) Se. Majestät der Kaiser hat sich zum Besuche des Königs von Bulgarien mit großem Gefolge nach Pöstyen in Ungarn begeben, wo der König von Bulgarien zur Zeit zur Kur weilt. Der Kaiser hatte mit dem Monarchen eine mehrstündige Unterredung. Er verlieh dem anwesenden Bruder des Königs, dem Herzog Philipp von Sachsen-Koburg-Gotha den hohen Orden vom Schwarzen Adler. Nach dem Abendessen empfing der Kaiser Herren und Damen vom ungarischen Roten Kreuz und schlug zu dessen Gunsten einen goldenen Nagel in die Nachbildung der Krone Ungarns ein. Am Abend reiste der Kaiser ins Große Hauptquartier zurück.

Philadelphia, 3. Febr. (WTB.) Reuter. Das Torpedoboot „Jakob Joles", das in der Nacht von Boston angekommen war, um eine Maschinenprüfung vornehmen zu lassen, blieb die Nacht über auf dem Flusse. Als man es tagsüber in das Dock schleppen wollte, begann es zu sinken, doch gelang es, das Schiff zu retten. Ein Mann der Besatzung wurde wegen Sabotage verhaftet.

Newyork, 3. Febr. (WTB.) Die gesetzgebenden Körperschaften von Oregon und Idaho erörterten neue gesetzliche Maßnahmen gegen die Japaner. Wilson verlangt aber, daß sie davon Abstand nehmen, weil die internationale Lage unbefriedigend sei und Japan unwillig darüber werden würde.

der deutschsprachigen Presse e.V.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 4. Febr. (WTB.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

Bei unsichtigem Frostwetter war der Artilleriekampf zwischen Lens und Arras und von Serre bis zum St. Pierre-Vaast-Walde lebhafter als in den Vortagen. Nördlich der Ancre griffen die Engländer unsere Stellungen nach Trommelfeuer um Mitternacht an. Während nördlich von Beaumont die Angriffe scheiterten, gelang es nahe dem Flußufer einer Abteilung, in unsere vordersten Gräben einzudringen.

Front des deutschen Kronprinzen.

Nördlich von Pont-à-Mousson und nördlich von St. Mihiel waren eigene Erkundungsvorstöße erfolgreich.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Bei Kämpfen, die sich vormittags trotz strenger Kälte an der Aa entwickelten, wurden mehrere russische Angriffe abgewiesen.

An der Front des Generaloberſten Erzherzogs Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen ist die Lage unverändert.

Mazedonischen Front

Außer Feuerüberfällen auf Monastir, sowie zwischen Vardar und Doiran-See nichts Wesentliches.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

Berlin, 4. Febr. (WTB.) Amtlich. Abends.

Zwischen Ancre und Somme lebhafte Artillerietätigkeit. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 4. Febr. (WTB.) **Amtlich wird verlautbart:**

Östlicher Kriegsschauplatz.

Im Bereiche der k. und k. Streitkräfte nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Ochrida-Sees griffen unsere Truppen feindliche Erkundungsabteilungen mit Feuer an.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

Der türkische Tagesbericht.

Schwere Kämpfe am Tigris.

Konstantinopel, 3. Febr. (WTB.) Amtlicher Bericht vom 2. Februar:

Tigrisfront: In der Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar nahm der Feind unsere Stellungen südlich des Tigris und die rückwärtigen Verbindungen unter heftiges Feuer. Trotzdem führten unsere Erkundungs-Patrouillen mehrere glückliche Überfälle aus. Der 1. Febr. war ein wichtiger Kampftag. Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Feind mit mehreren Infanteriegen an und zwang eines unserer Bataillone, sich aus der ersten in die zweite Linie zurückzuziehen. Indessen wurde ein Angriff, den der Feind mit überlegenen Kräften gegen diese zweite Linie machte, sofort abgeschlagen. An den anderen Frontteilen gelang es dem Feinde zuerst, in unsere erste Stellung einzudringen; er wurde aber durch unsere Gegenangriffe mit dem Bajonett verjagt. Unsere Stellung wurde wiedergenommen. Bei diesen Angriffen erlitt der Feind größere Verluste, als jemals bei den blutigsten Kämpfen, die bisher am Irak stattfanden. Allein vor einem unserer Infanterie-Regimenter lagen mehr als 1000 Tote. Die Verluste des Feindes an Toten sind sicher nicht unter 2000. Außerdem machten wir 41 Gefangene. Wären englische Soldaten, wenn sie versuchten, sich zu ergeben, nicht von der eigenen Artillerie unter Feuer genommen und vernichtet worden, so wäre die Zahl der Gefangenen noch größer. Im Zusammenhang mit dieser Kampfhandlung versuchte der Feind eine Einkreisungsbewegung mit starken, durch Artillerie und Infanterie verstärkten Kavallerietruppen gegen unseren rechten Flügel. Wir wiesen auch diesen Versuch ab und fügten dem Feind durch unser Infanterie- und Maschinengewehrfeuer beträchtliche Verluste zu, die wir später durch Artilleriefeuer steigerten. Unsere Verluste am 1. Febr. sind verhältnismäßig unbedeutend. (Über diese Kämpfe verbreitet auch Reuter einen amtlichen Bericht — abgedruckt unter den feindlichen Berichten —, in dem die Schlappe nur ganz schwach angedeutet wird).

Persische Front: Ein Angriffsversuch der Feinde gegen unsere vorgeschobenen Truppen östlich von Hamadan wurde abgeschlagen.

Kaukasus: Nur Tätigkeit der Aufklärungspatrouillen. Am 31. Januar sank eines der vier feindlichen Schiffe, die nördlich von Nefra im Schwarzen Meer gesichtet waren, nach einer furchtbaren Explosion.

Von den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis.

Konstantinopel, 4. Febr. (WTB.) Amtlicher Heeresbericht vom 3. Febr.:

Kaukasus-Front: Auf dem rechten Flügel wurde der Angriff einer feindlichen Kompagnie abgeschlagen. Im Abschnitte des linken Flügels fügte eine unserer Erkundungspatrouillen einer feindlichen Erkundungspatrouille beträchtliche Verluste zu und brachte einige Gefangene ein.

An den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

*

Konstantinopel, 4. Febr. (WTB.) Wie der Berichterstatter der Agence Milli aus Bagdad meldet, sind in der persischen Provinz Fars Unruhen ausgebrochen. Die anglo-indischen Truppen mußten sich zurückziehen. Am Nordostgestade des Kaspischen Meeres fanden in der Gegend von Astria zwischen Turkmenen und Russen Zusammenstöße statt.

Der bulgarische Tagesbericht.

Sofia, 4. Febr. (WTB.) Generalstabsbericht vom 3. Februar:

Mazedonische Front: An der ganzen Front schwere Artillerietätigkeit. In der Gegend von Bitolia und an der Struma Feuerwechsel zwischen Wachabteilungen. Im Wardar-Tale lebhafte Fliegertätigkeit.

Rumänische Front: Feuerwechsel zwischen den Posten zu beiden Seiten des St. Georgs-Kanals.

Die amtlichen Berichte der Feinde.

Amtlicher französischer Bericht vom 3. Febr. nachmittags. Im Verlaufe der Nacht außer einigen Patrouillengefechten im Abschnitte von Louvemont, bei Les Chambrettes und in der Gegend von Badonviller nichts zu melden. — Abends: Tagsüber unterbrochene Beschießung. An verschiedenen Stellen der Front Patrouillengefechte. In der Gegend von Bezonvaux machten wir Gefangene. — Flugwesen: Zwei feindliche Flugzeuge wurden durch unser Feuer unserer Abwehrgeschütze in unseren Linien abgeschossen, das eine bei Ouches (Aisne), das andere bei Blanc-Sablon (Gegend von Beauvieux).

Belgischer Bericht vom 3. Februar. Nächtliche Patrouillengefechte vor Dixmuiden endeten zum Vorteil der Belgier. Mehrere Versuche des Feindes, nach Artillerievorbereitung in die Gräben einzudringen, scheiterten am belgischen Artillerie- und Infanteriefeuer.

Englischer Bericht über die Kämpfe am Tigris.

London, 4. Febr. Reuter. Wir rückten am 28. Februar am rechten Ufer des Tigris, östlich der Mündung des Hai in den Tigris, und 300 Yards an einem anderen etwa 800 Yards westlich der Mündung gelegenen Punkte der Front um 200—300 Yards vor. Unsere Verluste waren klein. Am 1. Februar nahmen wir die letzte Linie östlich der Mündung des Hai und wiesen einen türkischen Gegenangriff auf dem rechten Ufer des Hai zurück. Wir machten 166 Gefangene. Weiter eroberten wir Laufgräben östlich der Mündung und töteten viele Feinde, aber ein Gegenangriff zwang uns, einen Teil des gewonnenen Geländes aufzugeben. Ein Fokker-Flugzeug wurde niedergeschossen, zwei Pontons auf dem Tigris versenkt.

Der Krieg im Westen.

Bei dem Angriff australischer Truppen an der Straße Beaulencourt—Guendecourt am 1. Februar wurde die angreifende Kompagnie fast vollkommen aufgerieben. Es war der australischen Kompagnie in kräftig durchgeführtem Vorstoß gelungen, in einen Teil der deutschen Schützengräben einzudringen. Sie wurde jedoch von den deutschen Verteidigern an beiden Flanken gepackt und aufgerollt, wobei ein Offizier und 25 Mann gefangen genommen wurden. 50 tote Australier wurden in dem wiedereroberten Grabenabschnitt gefunden und geborgen. Die gleiche Zahl liegt tot oder schwer verwundet vor den Gräben. Der Versuch der Australier, an der erwähnten Straße, die zwischen der viel umstrittenen Butte de Warlencourt und le Transloy nach Boulencourt führt, Fuß zu fassen, ist demnach mißglückt.

Der französische Funkspruch vom 2. Februar 4.30 Uhr nachmittags meldet einen am 1. Februar abends durchgeführten Angriff auf französische Gräben südlich Leintrey, der im französischen Feuer scheiterte. An der genannten Stelle hat ein Angriff überhaupt nicht stattgefunden.

Luftkämpfe im Westen.

Berlin, 3. Febr. (Amtlich.) Trotz des im Westen im allgemeinen ungünstigen Wetters war die Tätigkeit der deutschen Flieger am 1. und 2. Februar allgemein erfolgreich. Die Gegner büßten im Luftkampfe am 1. Februar sieben Flugzeuge ein und am 2. fünf im Luftkampf und eines durch unser Abwehrfeuer. Leutnant Baldauus brachte in der Gegend von Vernay einen Farman-Doppeldecker brennend zum Absturz. Er hat damit seinen 11. Gegner erledigt. In der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar belegten wir Lager und Dorf Proyart mit 1075 Kilogramm Bomben. Mehrere gute Treffer wurden beobachtet. Am 2. Februar fand ein Bombenangriff statt auf feindliche Lager bei Drombeke, auf dem englischen Flugplatz Baillenl und das Truppenlager nördlich Lorce. Ein feindliches Aufklärungsgeschwader, das am 1. Februar sich über unserer Front in Flandern zeigte, wurde auseinandergesprengt und nach Verlust von drei Flugzeugen über die Front zurückgetrieben. — Im Osten zwang während der Kämpfe um Illuxt am 1. Februar ein deutscher Kampfeinsitzer einen russischen Doppeldecker zu beschleunigter Landung auf dem östlichen Dünaufer.

Berlin, 4. Febr. (Amtlich.) Am 2. Februar abends haben mehrere unserer flandrischen Marineflugzeuge Fournes und Adinkerke ausgiebig mit Bomben belegt. Die Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Unsere Feinde.

Die Nachmusterung der Untauglichen in Frankreich. Paris, 4. Febr. (WTB.) Havasmeldung. Die Kammer nahm nach einer Rede des Generals Liauthen mit 398 gegen 85 Stimmen den Gesetzentwurf über die Nachmusterung der Ausgemusterten und Militäruntauglichen an. Die Besprechung über diesen Entwurf hatte Donnerstag begonnen und war trotz der Dringlichkeitserklärung und der neuen Geschäftsordnung dadurch in die Länge gezogen worden, daß eine nicht endenwollende Reihe von Zusatzanträgen eingebracht wurde.

Zur Verschwörung gegen Lloyd George und Arthur Henderson. London, 4. Febr. (WTB.) Reutermeldung. Die drei Frauen und der Mann, die beschuldigt sind, ein Komplott gegen das Leben Lloyd Georges geplant zu haben, wurden heute in Derby verhört. Die Erklärung des Generalanwaltes, daß die Angeklagten versucht haben, Lloyd George und Arthur Henderson durch Gift ums Leben zu bringen, rief Aufsehen hervor. Das Gift war Frau Weeler aus Southampton zugeschickt worden. Es handelt sich um Strychnin und Curare. Mit dem Curare haben Pfeile vergiftet und auf dem Landgute Balton Heath auf Lloyd George abgeschossen werden sollen.

Neue schwere Pulverexplosion in Archangelsk.

Petersburg, 3. Febr. (WTB.) Meldung der Pet. Telegr.-Agentur. Der Admiralstab teilt mit: Am 26. Januar entstand bei der Entladung des Eisbrechers „Tscheljuskin" bei einem der Ausladeplätze in Archangelsk eine Explosion und ein Brand, der sich sofort in dem Gebiet dieses Löschplatzes verbreitete. Der Brand verursachte Schaden unter den Gebäuden beim Bahnhof, unter einigen Lagern, Schuppen und Baracken. Von den Schiffen wurden außer dem „Tscheljuskin" ein Schlepper zerstört. Außerdem erlitten fünf Dampfer Beschädigungen, drei davon nur leichte. Unter den 344 Verletzten sind 3 Offiziere und 99 Soldaten. 51 Personen wurden schwer verletzt. Die Zahl der Toten ist noch nicht endgültig festgestellt. Sie beläuft sich anscheinend auf etwa 30. Am 31. Januar konnten die Dampfer schon wieder an der Unglücksstelle anlegen. Die gewöhnlichen Ladearbeiten werden ungehindert fortgesetzt.

Wirtschaftsleben und Lebensmittelversorgung.

Festsetzung von Höchstpreisen für Bier. Berlin, 3. Febr. Wie die „Täal. Rundschau" erfährt, ist damit zu rechnen, daß die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Bier wie folgt entschieden wird: Der Gehalt, die Stammwürze des Bieres, wird, wie schon angekündigt, noch etwas niedriger bemessen, als bisher in Aussicht genommen war. Wahrscheinlich wird die Stammwürze nur auf 6 von 100 bemessen werden. Mit Rücksicht auf diese Verminderung des Gehalts des Bieres wird man den bisher in Aussicht genommenen Höchstpreis für den Hektoliter Bier, der 32 Mark betragen sollte, nicht erhöhen, sondern wahrscheinlich um 1 Mark verringern, so daß er 31 Mark betragen wird. Bayern, Württemberg und Baden, die besondere Brausteuergemeinschaften bilden, werden in dieser Angelegenheit besonders vorgehen.

-:- Genossenschaftlicher Zusammenschluß zwischen Stadt- und Landfrauen.

Bereits vor längeren Jahren ist man in manchen Gegenden zur Gründung sogenannter landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine geschritten, und zwar vornehmlich im östlichen Deutschland, zuerst in Ostpreußen. Die Bewegung stützte sich auf den Gedanken, eine Vereinigung der Hausfrauen von Stadt und Land aus allen Kreisen herbeizuführen, um der unheilvollen Trennung zwischen Stadt und Land entgegenzuwirken. Die ostpreußischen Hausfrauenvereine zählten zuletzt etwa 3000 Mitglieder, wovon fast die Hälfte Stadtfrauen, ein Viertel Frauen des Großgrundbesitzes, ein Viertel Bäuerinnen aller Abstufungen sind. Die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine sollten einerseits der wirtschaftlichen Aufklärung und Fortbildung der Hausfrauen, anderseits der Regelung des Absatzes dienen. Zur Hebung des Absatzes wurden Verkaufsstellen in den einzelnen Städten ins Leben gerufen, in denen von einer gemeinsam angestellten Verkäuferin die Erzeugnisse des Landhaushaltes an die Städterinnen abgesetzt werden, zu Preisen, die vorher in besonderen Monatsversammlungen festgesetzt sind. Zwei städtische und eine ländliche Hausfrau überwachen diese Verkaufsstellen. Eine ähnliche Einrichtung hat man jüngst in Hamburg getroffen. Dort sucht man ebenfalls durch genossenschaftlichen Zusammenschluß von Erzeugern und Verbrauchern die Lebensmittelversorgung zu erleichtern. Zu diesem Zwecke hat man in Hamburg eine Genossenschaft „Stadt und Land, G. m. b. H." gebildet. Die von den ländlichen Genossenschaftsmitgliedern erzeugten Waren werden an die städtischen Mitglieder abgesetzt. Mitglieder können werden Mitglieder des Bundes hamburgischer Hausfrauen wie Erzeuger landwirtschaftlicher Waren aller Art und Genossenschaften selbst. Die der Genossenschaft beitretenen Erzeuger müssen ihre Erzeugnisse, soweit Vereinbarung darüber getroffen ist, an die Genossenschaft liefern; anderseits besteht ein gewisser Abnahmezwang. Sollte es gelingen, auf diesem Wege, wenn auch nur in kleinerem Kreise, beiderseits ein besseres Verständnis für die gegenseitigen Verhältnisse herbeizuführen, so wäre das für die so wünschenswerte Annäherung von Stadt und Land dankbar zu begrüßen.

Deutsches Reich.

Berlin, 3. Febr. General der Infanterie von der Armee, von Lochow, vorher Kommandant des 3. Armeekorps, hat in Genehmigung eines Gesuches den Abschied mit der gesetzlichen Pension erhalten. Gleichzeitig wurde er a la suite des Leibgarenadier-Regiments Nr. 8 gestellt.

Berlin, 3. Febr. Im Finanzausschuß der bayrischen Kammer der Abgeordneten gaben am Freitag der Kriegsminister, der Minister des Innern, der Verkehrsminister und der Ministerpräsident Erklärungen ab. Der Kriegsminister erklärte, nach der „Täal. Rundschau", der siegreiche Feldzug in Rumänien hätte große wirtschaftliche und militärische Erfolge gebracht, eine für den Krieg entscheidende Bedeutung aber nicht herbeiführen können. Die große Entscheidung liege noch vor uns. Die Erfahrungen, die bisher im Weltkriege gemacht worden sind, zeigen, daß eine Durchbruchs-Offensive im jetzigen Stellungskriege eine außerordentliche Überlegenheit an Material und Menschen voraussetzt. Diese Überlegenheit sicherzustellen, ist jetzt die wichtigste Aufgabe. Es ist ausgeschlossen, daß es dem Vierverbande gelingt, unsere Fronten zu durchbrechen und örtliche Erfolge in weitem Umfange auszunützen. Bezüglich des U-Bootkrieges erklärte der Kriegsminister, daß die Aussichten auf Erfolg sehr günstig seien. Über die Gefahr, daß der Eintritt in den U-Bootkrieg eine Verschiebung der politischen Lage zur Folge haben kann, sind wir uns im Klaren. Wir können diese Gefahr auf uns nehmen und sind für alle Möglichkeiten gerüstet. Die oberste Heeresleitung und die Militärverwaltung haben alles getan, um eine baldige Entscheidung vorzubereiten.

Wiederaufbau unserer Handelsflotte. Berlin, 3. Febr. Der Reichstag hatte in einer Resolution die Reichsregierung ersucht, noch während des Krieges Mittel für Kredite zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte bereitzustellen. Dem Vernehmen nach wird dem Bundesrat in diesen Tagen eine Vorlage zugehen, die dem Wunsche des Reichstages Rechnung trägt. Der Gesetzentwurf, der die Bewilligung sehr beträchtlicher, der Größe der zu lösenden Aufgaben entsprechender Mittel für Kredite an die Reedereien beantragt, wird den Reichstag in seiner nächsten Tagung beschäftigen. Die Maßnahme beweist, daß das Reich trotz der durch den Krieg außerordentlich gesteigerten Inanspruchnahme seiner finanziellen Mittel in der Lage ist, für die Wiederbelebung unseres Außenhandels in der kommenden Friedenswirtschaft rechtzeitig Vorsorge zu treffen.

Polen.

Berlin, 3. Febr. (WTB.) In den jüdischen Monatsheften findet sich ein interessanter Telegrammwechsel zwischen dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff und dem Staatssekretär Zimmermann über die Lage der polnischen Juden. Die amerikanischen Juden hatten gewünscht, zu erfahren, ob das neue Gesetz über die religiöse Autonomie für die polnischen Juden kulturelle Autonomie auf nationaler Grundlage einschließe und ob es wahr sei, daß die polnischen Juden in die neue polnische Armee eingereiht werden sollen. In der Antwort heißt es u. a.: Eine Zwangsausübung der polnischen Juden erfolgt nicht. Nur freiwillige Meldungen der Juden und Polen für die polnische Legion kommen in Frage.

Polnische Proteste gegen die Landtagsrede Korfantys.

In der polnischen Zeitung „Gazeta Polska" veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Brandys eine Zuschrift, in der es heißt:

„Obwohl die antipolnischen Positionen im preußischen Etat für die Polen in Preußen beleidigend sind, so sind sie doch nur die Folge der früheren preußischen Gesetzgebung und stellen keine neue Herausforderung dar. Bei der Etatsberatung konnte die polnische Fraktion diese Positionen nicht mit Stillschweigen übergehen, jedoch lag zu einer solch scharfen herausfordernden Rede kein Anlaß vor. Ein solches Auftreten des Abgeordneten Korfanty erachte ich als taktlos und wenig glücklich, weil es der ganzen polnischen Sache schadet. Darum erkläre ich mich mit ihm nicht solidarisch."

Dieser Protest gegen die Rede Korfantys ist nicht vereinzelt. Die „Schlesische Volkszeitung" veröffentlicht einen an den Abg. Korfanty gerichteten offenen Brief eines in Breslau wohnenden, aus Warschau stammenden polnischen Adligen, eines Neffen des in der Freiheitsbewegung von 1864 hervorgetretenen Professors Roman v. Zulinski. In dem Briefe protestiert dieser im Namen einer ganzen Anzahl in Breslau wohnender Polen gegen die Rede Korfantys. Es heißt in dem Proteste:

„Wenn Sie die Vorgänge bei der Proklamation vom 5. November einigermaßen aufmerksam verfolgt haben, dann können Sie hierbei feststellen, daß die große Mehrheit des polnischen Volkes über den Entschluß des Deutschen Kaisers und des Kaisers von Österreich, Polen zu einem Königreich zu erheben, geradezu beglückt war. Sie haben der polnischen Sache einen schlechten Dienst erwiesen und großen Schaden angerichtet, den Sie als Landtagsabgeordneter gar nicht verantworten können. Dieser Schaden ist nicht so leicht wieder gutzumachen, und deshalb muß gegen Ihr Vorgehen von allen Polen, die es ehrlich und redlich gegen ihr Vaterland meinen, öffentlicher Protest eingelegt worden. Wir müssen es geradezu als eine Beleidigung ansehen, wenn Sie die Behauptung aufstellen, daß die Polen anläßlich des jetzigen Krieges für deutsche Ziele ihr Blut vergossen haben. Unsere jetzige Aufgabe ist, Hand in Hand mit den Zentralmächten zu gehen, und die dargebotene Hand zum Frieden mit innigstem Danke zu ergreifen. Dies Ziel kann nur erreicht werden durch gegenseitiges Entgegenkommen, wobei in erster Linie zu beachten ist, daß die Zentralmächte die Geber und wir die Empfangenden sind. Sie aber, Herr Abgeordneter, werden hiermit öffentlich aufgefordert, Ihre Entgleisung, die Sie sich im Landtage geleistet haben, an der zuständigen Stelle wieder gutzumachen. Nur dadurch können Sie der polnischen Sache einen Dienst leisten, was wir von jedem Polen zu verlangen berechtigt sind. Was ich und viele Polen unter dem russischen Staate gelitten haben, dafür brauche ich Ihnen wohl nicht weitere Beweise zu erbringen. Wie Sie aus verschiedenen Zeitungsartikeln der polnischen Presse ersehen haben, ist Ihr Auftreten im preußischen Landtage fast einstimmig verurteilt worden. Und deshalb halte ich es für meine Pflicht, Ihnen in einem offenen Briefe die Ansicht von vielen in Breslau lebenden Polen auf diesem Wege bekannt zu geben."

Aus der Stadt.

Münster, 5. Februar.

+ **Strenge Kälte.** In der Nacht zum Sonntag fiel das Thermometer beträchtlich und hatte einen Stand, der in der hiesigen Gegend seit Jahren nicht zu verzeichnen war. Im Freien sank das Quecksilber mehr als 20 Grad unter Null; im Stadtgebiet wurden 16—18 Grad festgestellt. Die Kälte wurde dadurch noch empfindlicher, daß sich in den frühen Morgenstunden Rauhreif bildete. — Zur Kälte schreibt das Meteorologische Observatorium Aachen unter dem 3. Febr.: In der vergangenen Nacht sank zu Aachen die tiefste Temperatur auf —17,0 Gr., am Erdboden auf —21,0 Gr. In den letzten 50 Jahren 1868 bis 1917 wurden nur 1895 mit —20,1, sowie 1901 mit —17,5 Gr. niedrigere Werte festgestellt; die tiefste zu Aachen gemessene Temperatur wurde im Januar 1888 mit —23,0 Gr. beobachtet. Das Tagesmittel vom 2. Februar beträgt —10,3 Gr., während die mittlere Temperatur des 2. Februar + 3,1 Gr. ist. Es war also um mehr als 1 Gr. niedriger als der Wert vom 28. Januar ds. Jahres. Die Temperatur des Erdbodens beträgt zurzeit in 25 Zentimet. Tiefe —3,0 Gr., in 55 Zentimet. + 0,4, in 2 Meter 50 + 5.6 und in 4 Meter 50 + 9,4 Gr. Zu Elsenborn im Hohen Venn sank der Tiefwert auf — 21 G., zu Arnsberg auf —17 Gr. Zur Zeit ist es am kältesten im westlichen Deutschland sowie an der östlichen Ostseeküste und im Weichselgebiete; heute morgen melden Königsberg —24, Bromberg —20, Rügenwaltermünde —19, Berlin —14, und Dresden —16 Gr. Memel hat sogar —27 Gr. und Kobylnik bei Wilna —28 Gr. Über Mittel-Schweden hat die Kälte nachgelassen, dort liegen heute morgen die Kältewerte bei —12 bis —16 Grad.

⊙ **Allgemeiner Nachweis für den Hilfsdienst der Studentinnen.** An der Universität Münster hat sich ein Arbeitsausschuß aus der gesamten Studentinnenschaft gebildet, der bei der Verwendung der akademisch vorgebildeten Kräfte im Vaterländischen Hilfsdienst in sachlicher Einzelarbeit Angebot und Nachfrage regeln und die Arbeitsbedingungen prüfen soll. Er wird danach streben, die studentischen Kräfte einer Verwendung zuzuführen, für die die akademische Vorbildung von Nutzen ist, um so an der Aufgabe mitzuarbeiten, daß alle Kräfte bestmöglichst ausgenutzt werden. Für Auskunft steht der Ausschuß nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch den in Frage kommenden Behörden gern zur Verfügung.

+ **Einen guten Fang** machte am Samstag abend ein Kriminalbeamter auf dem Servatiiplatz. Er bemerkte, wie drei verdächtige Burschen einen gefüllten Sack trugen und verfolgte sie bis auf die Winkelstraße, wo sie in einem Hause verschwanden. Als die Burschen zurückkehrten, gaben sie an, dort Holz abgeliefert zu haben. Nach einem Kreuzverhör stellte es sich heraus, daß sie unter der Treppe 166 Paar wollene Herrenstrümpfe versteckt hatten, die sie ihrer Angabe nach in einer Wirtschaft von einem Holländer gekauft haben wollten. Die drei Burschen wurden in Haft genommen.

Vom Standesamt. Sterbefälle: 2. Febr. Frau Johanna Bröker geb. Lange, 30 J. — Dienstmagd Maria Sellmeier, 21 J. — Bauerleve Ferdinand Wiesemann, 40 J.

*

Mitteilungen des städtischen Kriegsausschusses.

Montag Magen- und Buttermilchverkauf 1. Drittel.

In den Verkaufsstellen Stadthalle, Kreuzstraße, Göbenstraße und Warendorfer Straße von Montag ab Kartoffelverkauf. Die für Servatiiplatz eingetragenen Haushaltungen müssen die Kartoffeln in der Stadthalle entnehmen.

Butterverkauf:

In der Turnhalle des Städtischen Gymnasiums:
Nr. 1—700 Dienstag nachmittags von 2—6½ Uhr, 701—2200 Mittwoch, 2201—3700 Donnerstag, 3701—5200 Freitag, 5200—6800 Samstag vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6½ Uhr.

In der Stadthalle, Neubrückenstraße:
Nr. 1—600 Dienstag nachmittags von 2—6½ Uhr, 601—1700 Mittwoch, 1701—2800 Donnerstag, 2801—3900 Freitag, 3901—5100 Samstag vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6½ Uhr.

In der Verkaufsstelle Göbenstraße:
Nr. 1—400 Dienstag nachmittags von 2—6½ Uhr, 401—1300 Mittwoch, 1301—2200 Donnerstag, 2201—3000 Freitag, 3001—3800 Samstag vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6½ Uhr.

In der Verkaufsstelle Kreuzstraße:
Nr. 1—300 Dienstag nachmittags von 2—6½ Uhr, 301—1000 Mittwoch, 1001—1700 Donnerstag, 1701—2400 Freitag, 2401—3000 Samstag vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6½ Uhr.

In der Verkaufsstelle Warendorfer Straße:
Nr. 1—200 Dienstag nachmittags von 2—6½ Uhr, 201—700 Mittwoch, 701—1200 Donnerstag, 1201—1700 Freitag, 1701—2100 Samstag vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6½ Uhr.

In der Verkaufsstelle Neckfort, Kinderhaus: für die Haushaltungen, die sich dort in die Butterkundenliste haben eintragen lassen, und zwar von Donnerstag ab.

Wochenkopfmenge 40 Gramm.

Da die Zufuhr an inländischer Butter nur gering war, gelangt fast durchweg ausländische Molkereibutter zur Ausgabe. Die inländische und ausländische Butter wird zu einem Durchschnittspreise von 3,20 Mark für 1 Pfund (25 Pfennig für 50 Gramm) verkauft.

Zugleich mit dem Butterverkauf werden für den Kopf 50 Gramm Kunsthonig zum Preise von 60 Pfg. für 1 Pfund (6 Pfennig für 50 Gramm) abgegeben. Gefäße sind mitzubringen. Brotkarte, Warenkarte und Fettkarte vorlegen. Für Militärpersonen erfolgt die Ausgabe von Kunsthonig in der üblichen Weise bei Neuhaus, Hörsterstraße 63, Ecke Bült, gegen Militärwarenkarte.

Am Dienstag nachmittag und am Mittwoch werden in der Verkaufsstelle Göbenstraße in der Reihenfolge des Fettverkaufes Eier verkauft. Kopfmenge 1 Ei. Preis 32 Pfg. Eierkarte vorlegen. Wann der Eierverkauf fortgesetzt wird, richtet sich nach der Zufuhr und wird noch bekannt gemacht.

Der Rübenverkauf erfolgt wie in der vergangenen Woche in der Reihenfolge des Butterverkaufs. Kleingeld mitbringen.

Wer nicht am vorgeschriebenen Tage erscheint, verliert sein Warenbezugsrecht und wird vom Kaufe ausgeschlossen.

Briefkasten.

Kriegsinvalide. Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Kriegsrente durch eine einmalige Kapitalabfindung abgelöst werden. Der dazu erforderliche Antrag muß unter Vorlage der Militärpapiere und des Rentenfestsetzungsbescheides beim zuständigen Bezirkskommando gestellt werden.

Witwe. Altersheime für Beamtenwitwen sind uns nicht bekannt, wohl aber einige Altersheime, die ältere Personen zu billigen Pensionspreisen aufnehmen. Wir nennen Ihnen die folgenden und geben anheim, sich bei ihnen nach den Aufnahmebedingungen zu erkundigen: Altersheim in Bochum und Heggen (Kr. Olpe). Evang. Altersheim in Gelsenkirchen (Möntingstiftung) Wörthstr. Altersheim (Röllestiftung) in Lüdenscheid. St. Johanneshospital in Senden. Marienstift in Höxter.

Hauptredakteur Rudolf Stricthold. — Es verantworten: den redaktionellen Teil **Paul Koene,** die Reklamen und Inserate **Anton Busch,** alle in Münster. — Druck und Verlag der Aschendorffschen Buchhandlung in Münster.

Kath. Lyzeum und Studienanstalt.

Anmeldungen werden Dienstag, den 6. Februar, u. Mittwoch, den 7. Februar, morgens zwischen 11 und 1 Uhr, im Amtszimmer des Schulhauses entgegengenommen.
Bei Neuanmeldungen sind mitzubringen: Das Familienbuch oder Tauf- u. Impfschein; für die anderen Schülerinnen genügt das letzte Schulzeugnis.
Münster, 4. Februar 1917.
H. Güldenpfennig, Direktorin.

Feinste Bilder-Einrahmungen bei
Jos. Kraus,
Kunsthandlung und Vergolderei, Münster i. W., Frauenstr. 54.

Gestern abend entschlief sanft nach kurzer Krankheit unsere gute Schwester und Tante

Fräulein

Cornelia Antonia Schiermann

im Alter von 54 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Angehörigen.

Neuenkirchen b. Rheine, Alkmaar (Holland), 3. Febr. 1917.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 6. Febr. 1917, morgens 8¾ Uhr, vom Sterbehause aus. Gleich darauf feierliches Seelenamt.